

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Die unerwartet eingetragene Konzeption  
bestimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Carl Habeler, Ebersberg-Platz in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Hoffe in Berlin.

### Die deutschen Gegenanschläge.

#### Die Vollmachten des Reichsaußenministers.

Die Meldung eines Berliner Mittagsblattes über den Inhalt der deutschen Gegenanschläge ist, wie von zufälliger Stelle mitgeteilt wird, freierfindend und völlig unzutreffend. Ueber die Vollmachten der Delegation ist zu sagen, daß der Außenminister Dr. Simons als Unterhändler und Vertreter der Reichsregierung nach London geht, daß die **entscheidende Entscheidung** nicht dort, sondern in Berlin vom **Gesamtministerium** gefällt werden wird.

#### Briand „zur Anhörung der deutschen Gegenanschläge bereit“.

Die zwölfprozentige Abgabe „kein Zoll und keine Steuer“, sondern ein „Maßstab“.

(Telegramm)

London, 25. Februar. (W. T. W.)

Briand erklärte einem Vertreter des Neuesten Bureaus unter anderem: Ich bin von dem bisher erhaltenen Fortschritt der Konferenz befriedigt. Die Konferenz hat in der Orientfrage ganz besonders den richtigen Weg verfolgt. Der verächtlichen Haltung näherte mich nie, glaube ich, dem Frieden im nahen Osten. Dies verleiht Gutes für den Rest unserer Arbeiten.

Ueber die englisch-französischen Beziehungen kann ich nur meiner Zuneigung Ausdruck geben, daß die Konferenz engere Bande zwischen England und Frankreich zur Folge haben wird. Jedoch, wenn wir zusammenkommen, gelangen wir, obgleich man die Fragen von verschiedenen Standpunkten betrachtet werden, bald zu der Überzeugung, daß es unerlässlich ist, daß wir vereint sind.

Ueber die Reparationsfrage erklärte Briand: Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit, die für alle Nationen bindend ist, und wovon sie nicht freigestellt ist. Ich werde die Gerechtigkeit für Frankreich wegen der Zahlung einer Schwere Last befehlen, so befehle ich auch in Frankreich eine Schwere Last befehlen, und schließlich sollte die Sympathie auf Seiten der Nation sein, die angegriffen wurde und geliebt hat. Ueber die Gerechtigkeit der französischen Forderungen kann ein Zweifel nicht herrschen. Es ist für einen Schuldner ganz üblich zu erklären, er sei nicht in der Lage zu zahlen. Es gibt jedoch kein Beispiel eines Richters, der eine solche Erklärung annimmt, ohne ihre Richtigkeit zu prüfen. **Wir sind gekommen, um Deutschlands Gegenanschläge anzuhören.** Frankreich hat in dem in Paris erhaltenen Entschlossenheit jedes Tages gezeigt, das möglich war, Frankreich kommt nicht mit einer vorläufigen Annahme und ist bereit, alles anzunehmen, was die Lage verbessern würde. Wenn Deutschland jedoch nur über sein eigenes Geld (immer!) will, dann werden wir ihm auch zeigen, was unser Geld ist. Wenn Deutschland nichts in seiner Warte hat, dann soll es öffnen.

damit wir selbst in der Lage wären. Mit Deutschland dies nicht tun, dann müssen wir eben die Zwänge mit Gewalt öffnen. In dem Maße, in dem anerkannt wird, daß jede Nation angreifen darf, tauchen dann und dann, um der Gerechtigkeit zu entsprechen, nur zu erklären, es tue ihr sehr leid, aber sie könne nicht zahlen, an dem Tage gibt es keine Gerechtigkeit mehr in der Welt. Dann bleibt nur noch ein Recht übrig, das der Gerechtigkeit.

Ministerpräsident Briand erklärte den Vertretern der alliierten Presse gestern, bei der 12prozentigen Abgabe beim deutschen Export handle es sich weder um einen Zoll, noch um eine Steuer. Die feststehenden Jahresbeträge, die die Alliierten verlangen, seien auf Grund der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zu berechnen. Wenn Deutschland aber reich werde und blühe, dann sei es nur gerecht, wenn die Verbindlichkeiten an seiner Wiederherstellung beteiligt würden. Im einen Maßstab zu haben, hätten die Alliierten natürlich an die deutsche Ausfuhr gedacht, die das beste Argument für den Reichtum der Alliierten darstelle.

#### Das Verhandlungsverfahren in London.

Lloyd George als Wortführer der Entente. (Telegramm)

London, 26. Februar. (W. T. W.)

Ein französischer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, man nehme an, daß Lloyd George die allgemeine Erörterung des am 29. Januar festgestellten Reparationsplanes selbst auf sich nehmen und dabei auch Dr. Simons antworten werde, der zuerst aufgeführt werden werde, die deutschen Vorschläge vorzubringen. Es werde dem deutschen Minister nicht gestattet werden, eine zurückführende Erörterung über die Verantwortung für den Krieg zu beginnen. Der französische Minister Doudeau werde die Kontrolle über die technischen Ausweisebefehle, die zwischen den alliierten und deutschen Sachverständigen stattfinden sollen, übernehmen. Der französische Berichterstatter hat wenig, Frankreich werde „natürlich“ eine Verminderung der im Januar festgesetzten Summe nicht zulassen. Die Erörterung werde sich um die Möglichkeiten der praktischen Anwendung befähigen.

#### Herausgabe der Vorkriegsskizzen.

Zwölf Bände. — 650 000 Mark Kosten.

Wie wir hören, ist die Sammlung der Vorkriegsskizzen für die Herbstausgabe. Mit der Ausgabe des ersten 12 Bände umfassenden Werkes soll im Laufe dieses Jahres begonnen werden. Die Skizzen des ersten Jahrganges der Ausgaben für 1914 werden im Herbst des Reichsministeriums des Auswärtigen für 1921 mit 650 000 Mark in Auftrag gegeben.

## Das Kabinett Harding.

### Der Einfluß Hoovers.

Der Standpunkt Hughes' zu Völkerbund und Abrüstung. (Telegramm unseres Korrespondenten)

Brüssel, 26. Februar.

Das am 4. März sein Amt antretende amerikanische Kabinett ist nach Anbelandigkeiten und Interessen gegenüber dem republikanischen Partei geteilt. Der auch die Wahl Hughes' „gemacht“ hat und die republikanische Richtung vertritt, von der sich im Jahre 1912 die Republikanischen unter Leitung Roosevelts trennten. Ansofern kann das Kabinett nicht als repräsentativ für die gesamte republikanische Partei gelten. Ein Teil der genannten Minister unterliegt sogar beständigen Angriffen auf Grund der Rolle, die sie in der Politik Amerikas gespielt haben. Es wird darauf hingewiesen, daß Harding, bevor er das Kabinett entgültig bildete, große Schwierigkeiten gehabt hat, um einen Ausgleich zwischen den Kräften zu finden, die ihn aus der Wahl gebracht haben und denen er Dankbarkeit schuldet, und den allgemeinen Verpflichtungen, die er als Präsident auf Parteiinteressen und Interessen gegenüber den amerikanischen Völkern nachkommen hat. Er hat den Konflikt zu lösen versucht, und nach dem, was man hört, zu einem großen Teile auch gelöst, indem er Hughes' und Hoover in das Kabinett nahm. Der Ernennung von Hughes' ist aus der Parteiorganisation heraus widersprochen worden, er gilt nicht als republikanischer Kandidat im strengen Sinne. Dem Ausgleich scheint aber bei Harding gegeben zu haben, daß Hughes' den Gedanken der Schwelgerechtigkeit und der internationalen Friedensbestrebungen und Interessen gegenüber den amerikanischen Völkern vertritt. Die Auffassungen Hughes' dürften sich denen der Auffassungen, die Laft in Konflikt gebracht hat, und die als „Harding-offiziell“ bezeichnet werden. Laft hat dort gesagt: „Die Ereignisse streben dahin, daß die Vereinigten Staaten sich an einer Ausrüstung auf wirtschaftlicher Grundlage (working agreement) zwischen den Völkern beteiligen werden zur Aufrechterhaltung des Friedens und zum Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten durch Vergleich aber zögerlich die Entscheidung, Amerika kann nicht an dem großen Fortschritt, die zu diesem Ziele schon von dem bisherigen Völkerbund gemacht worden sind, vorbeugen wie sehr auch der Völkerbund Verbesserungen nötig hat.“ Laft betonte, daß er „amerikanisch“ sei, was er nicht ablehnen, er könne mit absoluter Sicherheit sagen, daß die neue Regie-

rung die irische Frage als innere Angelegenheit Englands betrachten werde — womit eine sehr große Weltungsbildung mit England verbunden ist. Laft hat auch gesagt, daß die erhebliche Herabminderungen der Flottenausgaben Amerikas bevorzugen, was darauf schließen läßt, daß man einstimmig ein Abrüstungsabkommen erwägt. Japan kann mit gleichem Interesse annehmen, daß damit ein Teil der Wünsche des neuen Staatssekretärs Hughes' umschrieben ist. Dieser hat übrigens erklärt, daß weder er noch Harding von der Republikanische Amerikas vor ihrer Absetzung irgendwas gemacht haben. Hughes' hat zum Interaktionssekretär sich einen so genannten Ferner Westfall und der schifflichen Fragen ausgeliefert, wie den bisherigen Gesandten Amerikas in Mexiko, Fletcher.

Harding hat öffentlich erklärt, daß er die autoritativen Methoden Wilsons fallen lassen und insbesondere Hughes' alle Freiheit in der Leitung der auswärtigen Politik lassen will. Hughes' eigene Anhänger geben allerdings zu, daß der neue Außenminister, der bisher einer von den drei obersten führenden Persönlichkeiten in New York war, keinerlei Erfahrung in auswärtigen Angelegenheiten hat. Aber es wird darauf hingewiesen, daß ihm ein so ausgezeichnetes Diplom wie Fletcher zur Seite stehen werden. Ferner vertritt man sich viel von der Zusammenarbeit von Hughes' mit Hoover, dessen Ernennung zum Handelsminister, Hoover'sche Politik, Harding hat bereits erklärt, daß er diese Zusammenarbeit des Außenministers mit dem Handelsminister für den ausfallgeordneten Charakterzug seines Kabinetts halte. Hoover, ursprünglich Bergwerksingenieur und -Unternehmer, hat jedenfalls sehr wenig mit der republikanischen Parteiinhalten zu tun. Er ist überhaupt kein Parteimann und seinem Charakter nach Unbepflanzter. Er besitzt sehr ausgeprägte Meinungen in der ausländischen Politik und hat insbesondere die Politik in Europa in und nach dem Kriege sehr genau verfolgt. Seine Hilfsorganisationen sind mit einer genauen und äußerst umfangreichen politischen Berichterstattung aus allen wichtigen Städten Europas verbunden. Grundzug der politischen Hilflichen Auffassungen Hoovers ist, daß er nur produktive Hilfstellungen für im Interesse der Vereinigten Staaten und Europas gelten soll. Die Politik Hoovers' der Gestaltung der Kontinental Europa's für Amerika hat er von jeher vertreten. Wie weit sein Einfluß auf die auswärtige Politik in Amerika tatsächlich gehen wird, kann man natürlich nur abwarten. Die allgemeine Stimmung ist immer noch die, daß jede überflüssige Belastung durch die Schwerezeiten Europas vom amerikanischen Publikum abgelehnt wird.

### Der Aufbau durch Deutschland.

Ein Artikel des Deputierten Jean Henneff.

Von unserem Korrespondenten Paul Block (Paris).

Paris, 26. Februar.

Der Vorschlag des Deputierten Jean Henneff, den Aufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs durch deutsche Arbeiter vornehmen zu lassen, gewinnt allmählich immer mehr Sympathien in der öffentlichen Meinung. Der Minister Loucheur ist gegen ihn, wie dementsprechend angeordnet hat, weil dieser tüchtige Geschäftsmann außer dem Wohl Frankreichs auch der Vorteil großer Industrieunternehmen vertritt; aber die Gruppe der republikanischen Sozialisten in der Kammer hat die Ansicht ihres Mitgliedes Henneff zu der ihrigen gemacht, und verschiedene Zeitungen, die nicht nicht ganz dem Willen des französischen Kapitalismus verfallen sind, begünstigen nach dem „Nouveau Libre“, der den Feldzug eröffnet, die Interessen Henneffs zu vertreten. Im „Berliner Tageblatt“ hat vor Kurzem ein Artikel geschrieben, daß hier der einzige Weg zu einer vernünftigen „Wiederaufbau“ sich öffnet; vernünftig, weil auf keine andere Weise der Aufbau der zerstörten Gebiete in kurzer Zeit möglich ist. Das wird jedoch klar, der mit eigenen Augen gesehen hat, wie es in diesen Gebieten aussieht und in welcher Weise die Arbeit in Angriff genommen ist. Ich habe die Zerstörungen in der Champagne und vor Verbun betreten können und war erschüttert, nicht bloß durch den Anblick der verfallenen Gebäude, sondern auch durch die Anblick des nutzlos und sinnlos auf beiden Seiten gepflanzten Menschenlebens, sondern auch erschüttert durch die Hilflosigkeit, mit der das an Menschen und Wägen verarmte Land diesen Elend gegenübersteht. Auch wenn die erträumten Milliarden aus Deutschland zur Verfügung werden könnten, wäre damit für den wirklichen Aufbau noch wenig getan. Denn Frankreich hat, solange seine jungen Leute unter der Fahne stehen, gar nicht die Arbeiter zur Verfügung, die zu einem Werke von diesem Umfang nötig sind; und selbst wenn sich französische Werkleute in genügender Anzahl finden würden (was in absehbarer Zeit unmöglich ist), würde durch die Spekulation französischen Unternehmerns die Arbeit zu verlangsamt und in verzögert werden, daß die Beschäftigten, denen doch vor allem geholfen werden soll, den geringsten Vorteil von ihr hätten. Das alles ist in Frankreich bekannt. Es ist auch dem Minister Loucheur bekannt, der bei einer Reise durch die zerstörten Gebiete festgestellt hat, in welcher handlungslose Weise die mit dem Aufbau betrauten Geschäftleute Zeit und Geld verschleudern. Dennoch vermag ich bisher der Beobachtung nicht durchzuführen, weil alle großen Spekulationsinteressen beim Aufbau engagiert sind und weil es bequemer ist, alle Schuld und alle Lasten dem Deutschen aufzubürden, als selbst nach dem Rechten zu sehen. Deshalb muß es begrüßt werden, wenn immer häufiger und immer lauter die Stimme der Vernunft vernommen wird. Gerade vor dem Beginn der Sonderverhandlungen ist es wichtig, daß Frankreich auszusprechen, was Deutschland leisten soll und zu leisten vermag.

Jean Henneff hat einem Mitarbeiter der „Vieilles“ seine Ansicht über diese Frage auseinandergesetzt. Nicht etwa um Deutschland einen Gefallen zu tun, sondern um Frankreich zu nützen, will er seinen Plan mit Hilfe seiner Bekannten in der Kammer durchsetzen. Es wird auch für die Arbeiter von Interesse sein, die Begründung näher kennen zu lernen. Zunächst weist der Deputierte den Einwand zurück, daß die Bewohner der zerstörten Gebiete etwas gegen die deutsche Arbeit haben könnten.

„Am letzten Sonntag habe ich in Amiens gesprochen“, sagt er. „In einer Verammlung der Landesregierung des Sommegebiets konnte ich die Meinung von fünfzig Beschäftigten hören. Es gab keinen Protest. Jüngling Weber, die alle den Beifall der Verammlung hatten, traten dafür ein, daß der Deutsche aufbauen solle, was Deutsche zerstört haben. Ein Vater, der zwei Söhne im Kriege verloren hat, sprach zuerst seine Meinung aus: „Man soll sie verpflichten, so bald wie möglich die Arbeit anzufangen. Wir brauchen unsere Häuser. Wenn es noch lange dauert, lassen wir uns alles im Stich.“

Auch der Einwand, daß ein befähigter Versuch der deutschen Arbeiter in der Kammer nicht wünschenswert sei, wird widerlegt. Dieser Einwand ist engherzig und unbedacht, aber er läßt sich, vom französischen Standpunkt aus gesehen, allenfalls begründen. Zu jedem Fall hält er vor der Notwendigkeit nicht stand. Henneff schlägt vor, in diese Sorge zu setzen, daß deutsche Lager zu schaffen, in denen die Arbeiter unter sich sind, und ihre Verbindung mit der Heimat so viel wie möglich zu erleichtern. Zum Lebensfluß könnten die französischen Behörden besondere Vorkehrungen treffen. Auch die Leitung der Arbeit könnte in französischen Händen bleiben. Die Arbeitslosen in Frankreich würden in keiner Weise geschädigt werden. Nur eine geringe Anzahl von Arbeitern kommt für den Aufbau in Betracht; und ungelübte Arbeiter an anderen Berufswegen, die einen schweren Verlust abzurufen, wäre ebenso unpraktisch wie bedenklich. Die wichtigste Aufgabe ist, den Aufbau so schnell und so solid wie möglich durchzuführen, und jedes kann im Augenblick nur von geübten deutschen Arbeitern geleistet werden. Französische Arbeiter finden zahlreiche andere Aufgaben, die ihnen dauernde Beschäftigung geben — vorausgesetzt, daß nur die Interessen der Arbeiter und die Beschäftigten in ihren Exkultationen berücksichtigt werden. Wenn die Arbeit des Aufbaus künstlich hingezogen wird, beginnt eine Verfallung von Kräften und Geld, die sehr bedenkliche Folgen haben muß. Diese Verfallung hat sogar schon begonnen, und manche Leute haben sich leistungsfähig damit getrieben, daß es ja nur das deutsche Geld ist, was verschwendet wird; Henneff



# Reichsverkehrsminister Groener über die Tarifserhöhungen.

## Besserung in Betrieb und Verhältnissen.

Die heutige Sitzung des Hauptausschusses.

Im Hauptausschuss des Reichstags wurde nach einander Besprechungen über den Bericht über den Betrieb und die Verhältnisse der Eisenbahnen, die Generaldebatte über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

### Reichsverkehrsminister Groener

Die Eisenbahnenverhältnisse beim Wiederaufbau der Eisenbahnenverwaltung, der in der Öffentlichkeit durch die Reichsverkehrsminister Groener, die Generaldebatte über den Etat des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Die bevorstehenden Tarifserhöhungen seien unbedingt notwendig, um das Verkehrsnetz zu erhalten. Es sei unzulässig, die Eisenbahnen durch den Verfall zu lassen.

Die Tarifserhöhungen seien unbedingt notwendig, um das Verkehrsnetz zu erhalten. Es sei unzulässig, die Eisenbahnen durch den Verfall zu lassen.

Die Tarifserhöhungen seien unbedingt notwendig, um das Verkehrsnetz zu erhalten. Es sei unzulässig, die Eisenbahnen durch den Verfall zu lassen.

## Stargard.

### Der Prozeß gegen Hauptmann Pfeffer.

Die Verhandlung des Reichspräsidenten vom 20. Mai 1920, die die Bildung polizeilicher und militärischer Verbände und ähnliche unerlaubte Zusammenhörungen unter Strafe stellte, richtete sich in erster Linie gegen die Freikorps, die sich ihrer Entlassung widersetzen wollten.

Die Verhandlung des Reichspräsidenten vom 20. Mai 1920, die die Bildung polizeilicher und militärischer Verbände und ähnliche unerlaubte Zusammenhörungen unter Strafe stellte, richtete sich in erster Linie gegen die Freikorps, die sich ihrer Entlassung widersetzen wollten.

## Das preussische Kabinett.

### Eine juristischationale Preision.

Die Deutschnationalen Partei glaubt den Augenblick ungenügend für die Bildung eines Kabinetts zu sein.

Die Deutschnationalen Partei glaubt den Augenblick ungenügend für die Bildung eines Kabinetts zu sein.

Hadrien eine Wendung der Regierung rechtzeitig vor London nicht erfolgt ist, könnte auch ein Gegenüber dem Erängen der Delegationskonditionen ein Zurückweichen der Erörterungen als angeht.

## Unter Diktatur.

### Die Krise in der Kommunistischen Partei.

Das Berliner Organ der Kommunisten beginnt heute mit der Veröffentlichung jener Verhandlungen des Zentralausschusses, die, wie heute früh mitgeteilt, zum Austritt der linken Parteimitglieder aus der Parteizentrale geführt haben.

Das Berliner Organ der Kommunisten beginnt heute mit der Veröffentlichung jener Verhandlungen des Zentralausschusses, die, wie heute früh mitgeteilt, zum Austritt der linken Parteimitglieder aus der Parteizentrale geführt haben.

## Das Spiel mit dem Feuer.

„Sowohl „Vorwärts“ wie „Germania“ nehmen heute zu den kritischen Äußerungen Stellung, die „Germania“ bereits noch im letzten „Band“ unter dem Titel „Die Dinge in der Zeit“ veröffentlichte.

## Die Wahlen in den Bezirksamtern.

### Tempelhof, Zehlendorf und Köpenick.

Die Bezirksversammlung des 18. Verwaltungsbereichs (Tempelhof, Mariendorf, Maerfelde, Schöneberg) beschloß sich gestern mit der Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes.

## Die Wahlen in den Bezirksamtern.

Die Bezirksversammlung des 18. Verwaltungsbereichs (Tempelhof, Mariendorf, Maerfelde, Schöneberg) beschloß sich gestern mit der Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes.





